

Freie Demokraten

Landesverband
Bremen **FDP**

Beschluss des Landesparteitags der FDP Bremen vom 9. April 2016

Kein Förderdschungel für Flüchtlinge - inklusive Arbeitsförderung

Das Gelingen der Integration steht auf dem Spiel, wenn nach der Veröffentlichung des Integrationskonzepts nicht auch angemessene Taten folgen. 12.000 zugewanderte Menschen sind im Jahr 2015 nach Bremen gekommen sowie 2.500 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge; 12.000 werden für 2016 erwartet. Erste Angaben über das Qualifikationsniveau der zugewanderten Menschen lassen vorschnelle Erwartungen nicht erfüllen. Hier besteht **erhebliches Potenzial**, das durch Investitionen in Bildung und Ausbildung qualifiziert werden und demografisch bedingte Engpässe auf dem Arbeitsmarkt kompensieren kann.

Die Arbeitsförderung ist Kernaufgabe der Arbeitsagentur. Dazu stehen ihr **verschiedene Instrumente** zur Verfügung, die arbeitslose Menschen vermitteln, aktivieren, qualifizieren und Hemmnisse beseitigen sollen. Die Wirkung dieser Förderung ist fragwürdig: Bildungsexperten sprechen von einem **diffusen System**, das sich weitestgehend parallel vom ersten Arbeitsmarkt unter einer Vielzahl von Akteuren, Programmen und Rechtskreise tummelt, ein Labyrinth ohne klare Strukturierung, ein Auffangbecken ohne Transparenz. Das sogenannte Übergangsmanagement bleibt für viele junge Menschen eine Sackgasse, für die sich die Chancen auf dem Ausbildungsmarkt während einer Teilnahme mitunter sogar verschlechtern, weil diese „Maßnahmen“ stigmatisieren.

Ihre Rechtfertigung erhalten diese Wartehallen, wenn Menschen aus Mangel an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen dort einmünden. Diese Zeiten sind jedoch vorbei: Im Januar 2016 vermeldet die Arbeitsagentur Bremen-Bremerhaven 4.527 freie sozialversicherungspflichtige Arbeitsstellen und 400 unbesetzte Ausbildungsstellen. Der **demografische Wandel** ist zu spüren. Schon jetzt ist es für viele Betriebe schwierig, ihre Stellen zu besetzen. Die Bremer Wirtschaft

Freie Demokraten

Landesverband
Bremen **FDP**

hat für die zugewanderten Menschen 742 Plätze für Ausbildung, Einstiegsqualifizierung und Praktikum bereitgestellt. Diese Stellen gilt es vorrangig zu besetzen.

Geflüchteten Menschen ist nicht durch eine Einmündung in das diffuse Maßnahmensystem geholfen. Wir fordern deshalb eine **strategische Arbeitsförderung**, die über kurzfristige Beschäftigung in einer Trägerwerkstatt hinausgeht. Erste Erfahrungen haben gezeigt, dass Flüchtlinge lieber einen unterbezahlten Hilfsjob antreten als eine Ausbildung zu beginnen. **Motivation und Matchingprozesse** sind hier gefragt. Unternehmen suchen nach Fachkräften, die Schülerzahlen gehen zurück. Wenn wir die aktuelle Herausforderung als Chance begreifen, müssen wir auch strategisch in die richtige Richtung steuern. Den Stellenwert der dualen Ausbildung kann man am besten im echten Ausbildungsbetrieb vermitteln. In diesem Rahmen kann gleichzeitig auch der allgemeinbildende Schulabschluss erworben werden. Deshalb müssen berufliche Orientierung, Vorbereitung, Ausbildung und Qualifizierung im **Regelsystem** bzw. in bestehende Einrichtungen verortet werden. Dafür muss die Arbeitsmarktpolitik den Betrieben **institutionelle Unterstützungsangebote** zur Seite stellen, zum Beispiel in Form von flankierenden Sprachkursen. Die entsprechenden Instrumente der Arbeitsagentur, wie die assistierte Ausbildung oder die ausbildungsbegleitenden Hilfen müssen für Geflüchtete zugänglich gemacht und ausgebaut werden.

Wenn wir von der Zuwanderung profitieren wollen, müssen wir die zugewanderten Menschen in „echte“ Ausbildung und Arbeit integrieren. Inklusion ist das Hineinnehmen von Außenstehenden in ein gemeinsames System, und nicht der Aufbau einer Parallelwelt. Wir fordern eine **inklusive Migrationspolitik**, die nicht auf isolierte, pauschale Angebote, sondern auf individuelle und passgenaue Unterstützung setzt.